

Antrag Nr. 22-F-63-0004

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Wasserstoffproduktion in Wiesbaden - Bedingungen für nachhaltige Projekte unter Beteiligung der Stadt bzw. ihrer Gesellschaften
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -

Antragstext:

Im Ausschuss für Mobilität am 02.12.2021 wurden durch Vertreter von ESWE Versorgung Pläne für ein „gesamstädtisches Konzept unter Federführung städtischer Gesellschaften“ mit dem Ziel eines Wasserstoff-Förderprojektes öffentlich vorgestellt. Teil dieser Überlegungen ist die Errichtung eines „Elektrolyseurs als dezentrale H₂-Quelle“ am Müllheizkraftwerk Wiesbaden, das derzeit von der MHKW Wiesbaden GmbH unter Beteiligung der ESWE Versorgung gebaut wird. Beabsichtigt ist, den Wasserstoff für den städtischen Fuhrpark u.a. von ESWE Verkehr zu nutzen bzw. ihn in das Gasnetz einzuspeisen.

Zweifellos wird Wasserstoff als Energieträger in Zukunft eine wichtige Rolle beim Klimaschutz und bei der Energiewende in einigen Bereichen unserer Wirtschaft, dem Verkehr und der Wärmeversorgung spielen.

Daher ist zu begrüßen, dass sich auch die Stadt Wiesbaden konkrete Gedanken über Produktion und Einsatzmöglichkeiten macht. Diese sollten sich jedoch an klaren wirtschaftlichen und klimaökologischen Bedingungen orientieren. So fordert der Nationale Wasserstoffrat¹, dass zur Herstellung von Wasserstoff möglichst Strom aus zusätzlich errichteten Windkraft- oder Solaranlagen verwendet werden soll, und dass der grüne Wasserstoff vorwiegend in solchen Bereichen eingesetzt wird, in denen eine Elektrifizierung nicht möglich ist oder erhebliche Nachteile mit sich bringen würde.

Mit Blick auf die städtischen Gesellschaften besteht Bedarf, Leitplanken für dieses und weitere Projekte im Themenfeld Wasserstoff zu definieren.

https://www.wasserstoffrat.de/fileadmin/wasserstoffrat/media/Dokumente/NWR_Aktionsplan_Wasserstoff_2021-2025_WEB-Bf.pdf

Daher wolle der Ausschuss beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung

- I. begrüßt die Überlegungen der städtischen Gesellschaften zur Produktion und Nutzung von Wasserstoff in Wiesbaden und möchte diese im wirtschaftlichen und klimaökologischen Sinne unterstützen;
- II. bittet den Magistrat, zusammen mit allen relevanten Akteuren potenzielle Produktions- und Nutzungsmöglichkeiten von Wasserstoff auf dem Stadtgebiet Wiesbaden bzw. in Kooperation mit anderen Kommunen zu sondieren. Geeignete Projekte unter Beteiligung der Stadt oder städtischer Gesellschaften sollen vor einer möglichen Umsetzung einer Bewertung nach folgenden Kriterien unterzogen werden. Dazu erhalten die Gremien einen zusammenfassenden Bericht.

Antrag Nr. 22-F-63-0004 Grüne, SPD, Linke und Volt

- a. Die ökologische Bewertung des Projektes von der Produktion bis zur Nutzung von Wasserstoff erfolgt gem. CO₂-Bilanz nach ISO Norm 14067². Dabei ist die gesamte Prozesskette von der Quelle der Energie zur Herstellung des Wasserstoffs bis hin zur geplanten Verwendung einzubeziehen und die CO₂-Bilanz über den Lebenszyklus der Produktionsanlage bzw. der Nutzungsdauer zu erstellen.
 - b. Die Projekte unter (a) sind der jeweils besten alternativen Lösung zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen sowohl hinsichtlich der CO₂-Bilanz als auch der finanziellen Auswirkungen gegenüberzustellen, um einen sowohl nachhaltigen wie auch wirtschaftlichen Ressourceneinsatz sicher zu stellen. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, soll dabei jeweils der energetische Gesamtwirkungsgrad über die Prozesskette hinweg ausgewiesen werden (wie z.B. bei Well-to-Wheel).
 - c. Alle Projekte unter (a), die sich im Vergleich zur möglichen Alternative (b) als vorteilhaft erweisen oder bei denen es keine Alternative gibt, sollen in einem weiteren Schritt zu einer Wasserstoff-Gesamtstrategie für den Wirtschaftsstandort Wiesbaden zusammengeführt werden. Dabei ist der Austausch mit den hier ansässigen Industrieunternehmen wesentlich. Möglichkeiten der Einwerbung von Fördermitteln auf Landes-, Bundes- und Europaebene sollen systematisch genutzt und die Beteiligung an innovativen Pilotprojekten soll angestrebt werden.
- III. bittet den Magistrat, die Pläne zur Errichtung einer Erzeugungsanlage von Wasserstoff mit Hilfe des erzeugten Stroms aus dem geplanten MHKW Wiesbaden GmbH sowie die Nutzung dieses Wasserstoffs im Fuhrpark der Stadt und ihrer Gesellschaften bzw. zur Einspeisung in das städtische Gasnetz gem. den Kriterien unter II zu prüfen und das Ergebnis den Gremien vorzulegen.

2

https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/umweltinformationen_produkte_dienstleistungen.pdf

Siehe Anlage „Begründung und Hintergrundinformationen“

Wiesbaden, 18.01.2022

Konstanze Küpper
Fachsprecherin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julia Beltz
Fraktionsreferentin

Nadine Ruf
Fachsprecherin SPD-Fraktion

Rebecca Tüshaus
Fraktionsreferentin

Nina Schild
Fachsprecherin Fraktion DIE LINKE

Julia Seidel
Fraktionsreferentin

Daniel Weber
Fachsprecher Volt-Fraktion

Sascha Kolhey
Geschäftsführer